

links i.E.

DIE STIMME DER SP LANGNAU UND DER GEWERKSCHAFTEN

3/2012

KANTONALE ABSTIMMUNG VOM 23. SEPTEMBER 2012

Kantonale Motorfahrzeugsteuer zum Zweiten

Autofahren ist nicht billig

Der Garagier Hannes Flückiger wohnt in Auswil, wo sich auch der Stammsitz seines Betriebs befindet. In Langenthal betreibt er zudem eine Filiale, ausserdem wirkt er als Präsident der Sektion Emmental/Oberaargau des Autogewerbeverbandes. In seinen Betrieben werden, wie das so ist, Autos repariert, gewartet, gekauft und verkauft. Er ist mit diesen Aktivitäten ein wichtiger Arbeitgeber in der ländlichen Region und hoffentlich für seine Gemeinde ein guter Steuerzahler.

A propos Steuern

Dank einer Steuer, der kantonalen Motorfahrzeugsteuer nämlich, wuchs im vergangenen Jahr sein Bekanntheitsgrad weit über seine Wohnregion hinaus. Nachdem der Grosse Rat am 19. November 2009 das Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge zu ändern beschlossen hatte, befand der rührige Garagier, dass mit dem gefällten Entscheid bernische Autobesitzerinnen und -besitzer zu sehr zur Kasse gebeten würden. Zäh und ausdauernd setzte darum Hannes Flückiger alles in Bewegung um das zu verhindern – und hatte Erfolg. Am 13. Februar 2011 stimmte das Berner Volk nicht dem Besteuerungsmodell der Regierung und des Parlamentes, der so genannten Ecotax, zu, sondern dem Volksvorschlag aus dem Oberaargau. Mit diesem Entscheid wurde die möglicherweise interessanteste und wohl auch kurioseste Abstimmungsgeschichte des Kantons Bern in Gang gesetzt.

Ecotax und Volksvorschlag

An einem Beispiel erläutert: Hannes Flückiger verkauft vor allem Toyotas. Geländewagen sind, obwohl umstritten, durchaus im Trend, und so kann er sicher von Zeit zu Zeit einen Land Cruiser V8 4,5 verkaufen. Das Fahrzeug kostet rund 110 000 Franken, wiegt um die 3000 Kilo, verbraucht auf 100 km durchschnittlich 10,2 Liter Benzin und ist gemäss Werbung «seit 50 Jahren ein Symbol für Zuverlässigkeit, Kraft und Langlebigkeit.» Auch sonst hat es seinen Preis. Der stolze Besitzer muss nicht nur mit erheblichen Abschreibungen, Zinsausfällen und kostspieligen Wartungsarbeiten rechnen, auch die Haftpflichtversicherung schlägt ordentlich zu Buch. Sie kostet, Teilkasko und Insassen-Versicherung eingeschlossen, aber ohne Vollkasko (was bei einem Neuwagen wohl eher unwahrscheinlich ist), mindestens 1700 bis 1800 Franken und kann je nach Versicherungsgesellschaft die 2000 Franken klar übersteigen. Da fallen die Kosten für die Prämie der Motorfahrzeugsteuer von rund 900 Franken, die Angabe ist der Abstimmungsbotschaft vom Februar 2011 entnommen, relativ bescheiden aus. Regie-

rungsrat und Grosse Rat schlugen nun mit dem neuen Gesetz vor, diese Fahrzeugkategorie wegen des grossen CO²-Ausstosses mit einer höheren Steuer zu belasten, und zwar mit rund 1000 Franken, andererseits sollten Halter umweltfreundlicherer Autos entlastet werden. Mit dieser Regelung war Hannes Flückiger nicht einverstanden. Darum lancierte er einen Volksvorschlag seinen Vorstellungen entsprechend: Generelle Reduktion der Motorfahrzeugsteuer für alle Kategorien um 33 %. So müsste der Besitzer eines Toyota Geländefahrzeugs nur noch 600 Franken bezahlen.

Vom Volksvorschlag zum Bundesgericht

Zuerst sei das Abstimmungsergebnis vom 13. Februar 2011 in Erinnerung gerufen: Ja zur Ecotax mit 52,7%, 50,4% ja zum Volksvorschlag, im Stichentscheid siegt der Volksvorschlag mit einer hauchdünnen Mehrheit von 134 Stimmen. Damit begann die spezielle Geschichte: Das Verwaltungsgericht hiess zwei Beschwerden wegen des knappen Ergebnisses gut und ordnete eine Nachzählung an. 29 Gemeinden waren dazu nicht in der Lage, weil das Abstimmungsmaterial bereits vernichtet worden war. Die von der Regierung angeordnete Wiederholung der Abstimmung wurde mit vier Beschwerden beim Bundesgericht angefochten, doch dieses lehnte sie ab. Darum stimmen wir am 23. September noch einmal ab.

Unsere Haltung

An den Inhalten von Ecotax und Volksvorschlag hat sich nichts geändert, an unserer Haltung auch nichts. Der Zufallsentscheid für den Volksvorschlag war ein Entscheid gegen die Umwelt und gegen die Staatskasse, er kann und muss im September korrigiert werden. In der Haushalts-Autorechnung sind die Kosten für die Motorfahrzeugsteuer zweitrangig, in der Staatsrechnung aber nicht. Mit dem Volksvorschlag würden dem Kanton in der Kasse zukünftig 120 Millionen Franken fehlen, mit der Ecotax sind es lediglich 20 Millionen, das ist finanziell verkraftbar. Und noch zum Umweltaspekt: Die Probleme mit der Luftverschmutzung verlangen nach umweltgerechten Anreizsystemen, und das heisst in diesem Fall: CO²-Schleuder kräftig besteuern, Steuerboni für Besitzerinnen und Besitzer umweltgerechterer Autos. Darum unterstützen wir das Ja für die Ecotax, schreiben beim Volksvorschlag ein Nein und setzen beim Stichentscheid das Kreuz beim Vorschlag der kantonalen Behörden. Und bitte: Dieses Mal das Kreuz nicht vergessen.

Martin Jäggi





Optimierung zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen

Druck auf Zusammenschlüsse sanft erhöhen

Der Kanton Bern zählt aktuell 382 Gemeinden. Damit weist er schweizweit am meisten Kommunen auf. Ein Drittel davon sind Kleinstgemeinden mit weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Oberemmentaler Gemeinden gehören flächen-



Bernhard Antener
Gemeindepäsident
und Grossrat

und bevölkerungsmässig nicht in diese Kategorie. Einzig Schangnau hat weniger als 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Dies dürfte mit ein Grund sein, dass mit Ausnahme der im Jahre 2009 gescheiterten Fusion zwischen Lauperswil und Rüderswil umfassende Zusammenschlüsse kein brennendes Thema sind. Im

oberen Emmental gibt es vor allem aufgabenbezogene Zusammenarbeitsformen zwischen den Gemeinden.

Leistungsfähigkeit kann verbessert werden

Es ist aber auch eine Tatsache, dass verschiedene Gemeinden immer mehr Mühe haben, ihre Behörden zu besetzen oder ihre Aufgaben selbstständig zu erfüllen. Ein Zusammenschluss zu grösseren Gemeinden kann die Leistungsfähigkeit der Gemeinden sichern und verbessern und damit auch deren Autonomie stärken. Von Gemeindeautonomie kann

Abstimmungsparolen für den 23. September

BUND

Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter»

NEIN

Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»

JA

Bundesbeschluss Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «jugend + musik»)

JA

KANTON

Optimierung zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen

1. Änderung der Kantonsverfassung

JA

2. Änderung des Gemeindegesetzes

JA

Änderung des Steuergesetzes

- Volksinitiative «Faire Steuern – Für Familien»

JA

- Gegenvorschlag des Grossen Rates

NEIN

- Stichfrage

Volksinitiative: X

Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge

- Vorlage des Grossen Rates (GR)

JA

- Volksvorschlag

NEIN

- Stichfrage

Vorlage GR: X

nämlich keine Rede mehr sein, wenn eine Gemeinde alle ihre Aufgaben ausgelagert hat und eigentlich nur noch auf dem Papier existiert.

18 von 38 Versuchen erfolgreich

Seit sieben Jahren kennt der Kanton Bern das Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen, mit welchem die Förderung freiwilliger Fusionen bezweckt wird. In dieser Zeit waren bloss 18 Fusionen mit 38 beteiligten Gemeinden erfolgreich. In 13 Fällen führten Abklärungen oder Abstimmungen nicht zum Erfolg. Auf Grund von politischen Vorstössen und Planungserklärungen (SP und FdP) sollen nun Fusionen in zwei Fällen auch gegen den Willen der betroffenen Gemeinden möglich sein.

– Wenn die Gemeinde nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufgaben dauerhaft selbstständig zu erfüllen.

– Wenn eine Fusion von mehr als zwei Gemeinden wegen der Ablehnung einzelner Gemeinden zu scheitern droht, obwohl die Mehrheit der Stimmenden und die Mehrheit der beteiligten Gemeinden zugestimmt haben.

Neu sind auch Kürzungen beim Finanzausgleich möglich, wenn sich eine Gemeinde einem wirtschaftlich sinnvollen Gemeindezusammenschluss oder Fusionsabklärungen entzieht.

Kein Verlust der Gemeindeautonomie

Für die Umsetzung dieser Ziele sind eine Verfassungsänderung (Lockerung der Bestandesgarantie) und Anpassungen im Gemeindegesetz nötig. Beide Vorlagen gelangen miteinander zur Abstimmung, da der Grosse Rat beschlossen hat, die Änderung des Gemeindegesetzes ebenfalls der obligatorischen Volksabstimmung zu unterstellen. Im Kantonsparlament opponierten einzig SVP und EDU gegen die Vorlagen. Ein Ja zur Optimierung von Gemeindezusammenschlüssen (zu beiden Vorlagen!) macht Sinn. Die Verfassungsänderung ist ein kleines Korrektiv für störende Fälle. Von einem Verlust der Gemeindeautonomie kann keine Rede sein.

Bernhard Antener

GASTHAUS BÄREGGHOEHE



Echte Essgenüsse aus der Saisonküche ●
Ausflüge und Ferien in toller Landschaft ●
Farbige Konzerte in stilvoller Ambiente ●
Marianne Kühni & Thomas Linder & Team ●
034 495 70 00 | www.baeregghoehe.ch ●

Initiative «Faire Steuern – Für Familien»

Stopp Pauschalsteuer für reiche Ausländer

Die Initiative ist ein wichtiger Beitrag zur Steuergerechtigkeit im Kanton Bern. Sie stärkt den Service Public, den Mittelstand und die Familien. Der Regierungsrat des Kantons Bern unterstützt die Initiative.

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern hat gemeinsam mit seinen Partnern SP, Grüne und EVP im Sommer 2010 Unterschriften für die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» gesammelt und mit 16 800 gültigen Unterschriften eingereicht.

Nein zur ungerechten Pauschalsteuer für reiche Ausländer

Im Kanton Bern profitieren mehr als zweihundert reiche Ausländer von der ungerechten Pauschalsteuer. Ihre Steuerbelastung wird, ohne übliche Steuererklärung, aufgrund einer Abmachung mit den Steuerbehörden festge-

legt. Obwohl Pauschalbesteuerte zumeist über grosse Vermögen verfügen, zahlen einzelne von ihnen gerade einmal 10 000 Franken Steuern. Das ist ein Hohn gegenüber den normalen Steuerzahlenden. Diese Benachteiligung soll auch im Kanton Bern verschwinden.

Für einen guten Service Public

Für die Jahre 2013 – 2016 drohen im Kanton Bern jährliche Defizite von mehreren hundert Millionen Franken. Die Hauptursache dafür sind die überhiesenen Steuerentkennungen. Mit unserer Initiative verhindern wir weitere schmerzhaft Einschnitte bei den Schulen, bei der Gesundheit und beim öffentlichen Verkehr, denn solche sind nicht im Interesse der Berner Bevölkerung und schaden unseren Kindern und Grosskindern. Besonders betroffenen wären die ländlichen Gebiete des Kantons.

Gegenüber der von der Stimmbevölkerung im Jahr 2008 beschlossenen Steuergesetzgebung ermöglicht unsere Initiative Steuererleichterungen von rund 120 Millionen Franken pro Jahr. Verzichtet wird aber auf die besonders unsoziale Senkung der Vermögenssteuer.

Höhere Kinderabzüge für Familien

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Um Familien mit Kindern gezielt zu unterstützen, wollen wir den Kinderabzug bei den Steuern von heute 7000 Franken auf 8000 Franken erhöhen. Damit entlasten wir die Familien und bringen ihnen die verdiente gesellschaftliche Wertschätzung entgegen.

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft
Unia Oberaargau-Emmental

GEWERKSCHAFT UNIA

Aktive Industriepolitik

Ja zu einem starken Industrie- und Werkplatz Schweiz

Alle internationalen Vergleiche bestätigen es: Kaum eine andere Industrie ist so konkurrenzfähig wie die Schweizer Industrie. Das gilt auch für die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Dies dank hoher Qualifikation der Arbeitnehmenden, technologischer Innovation und damit hoher Produktivität.

Rund 60 Prozent der Industrieexporte gehen in den EU-Raum. Es ist deshalb klar, dass der starke Schweizer Franken und die Franken-Spekulation die Arbeitsplätze in der Industrie massiv gefährden. Die Eurokrise trifft die im Kanton Bern stark verankerte Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie besonders hart. Darum fordert die Gewerkschaft Unia die nationalen Behörden, den Bundesrat und die Schweizerische Nationalbank seit langem auf, endlich zu handeln – im Interesse des Industrie- und Werkplatzes Schweiz. Mit einer Petition haben die Gewerkschaftskollegen den Bundesrat und die Nationalbank aufgerufen, wirksamere Massnahmen gegen den zu starken Schweizer Franken und zugunsten der Schweizer Industrie zu treffen.

Mit Lippenbekenntnissen ist es nicht getan

Die Unia verlangt vom Bundesrat ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Schweiz. Mit einer aktiven Industriepolitik, z. B. durch vermehrte Investitionen in neue Technologien, stärken wir den Industrie- und Werkplatz Schweiz. Die Politik muss wahrnehmen, dass der weltweit notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft und der von Bundesrat und Parlament beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie eine riesige Chance für Industrie

und Gewerbe darstellen, Zehntausende neuer Arbeitsplätze zu schaffen. Es darf umgekehrt nicht angehen, dass zahlreiche Unternehmen in den letzten zwei Jahren die Franken-/Eurokrise auf dem Buckel ihrer Belegschaften ausgetragen haben und jetzt grosszügig Gewinne an Manager und Aktionäre ausschütten. Dafür gibt es inzwischen zahlreiche Beispiele, wie der Industriekonzern Georg Fischer, der die Dividenden um 50 Prozent erhöht hat.

Es ist inakzeptabel, wenn Unternehmen der MEM-Industrie jetzt ihre Dividenden erhöhen, nachdem sie die Beschäftigten gezwungen haben, mit Arbeitszeiterhöhungen, Gratisstunden oder Eurolöhnen für Grenzgängerinnen und Grenzgänger erhebliche Lohneinbussen in Kauf zu nehmen oder Kurzarbeit zu leisten.

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia Oberaargau-Emmental

Nationale Industriekundgebung

Samstag, 22. September 2012, 14 Uhr, Schützenmatte Bern

Der Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie ist einer der wichtigsten GAV der Schweiz. Er läuft Ende Juni 2013 aus. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften über die Erneuerung starten im November 2012.

Die Errungenschaften des GAV stehen massiv unter Druck, vor allem die Löhne und die Arbeitszeiten, aber auch die überragenden Arbeitsbedingungen.

Und wegen dem starken Schweizer Franken und der Eurokrise stehen vorab in der Maschinenindustrie weitere 10 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel, wenn der

Bundesrat nicht endlich für eine aktive Industrie- und Innovationspolitik sorgt.

Mit der nationalen Kundgebung in Bern wollen wir deutliche Zeichen setzen:

- Für einen fortschrittlichen GAV in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie.
- Für sichere Arbeitsplätze.
- Für einen nachhaltigen Industriestandort Schweiz, der Arbeitsplätze erhält und neue schafft.

Informationen zum Treffpunkt für die Anreise nach Bern erhältst Du im Unia-Sekretariat.



Gewinnen mit der Unia.
Ja zu einem starken Industrie- und Werkplatz Schweiz.

Initiative «Sicheres Wohnen im Alter»

Verstoss gegen das Gleichbehandlungsprinzip

Der Hauseigentümerverband (HEV) hat in der Regel das Heu nicht auf der gleichen politischen Bühne wie das sozial-ökologisch ausgerichtete Lager. So ist es auch bei dieser Vorlage mit dem einleuchtenden Titel, die aber, nach genauerem Hinsehen, zu verwerfen ist.

Der Hauseigentümer kann in seiner Steuererklärung Kosten wegen Hypothekarzinsen, Steuern, Unterhaltsarbeiten und Verwaltungsaufwand abziehen. Andererseits muss er den amtlich geschätzten Eigenmietwert als Einkommen versteuern. Da dieser tiefer liegt als der Marktmietpreis, profitiert der Hausbesitzer in der Regel von dieser Rechnung, da die Abzüge höher liegen als der Eigenmietwert und somit ein günstigerer Steuerwert erreicht wird. Das ist nicht der Fall bei jenen mit wenig oder sogar keinen Schulden auf ihrem Besitz, was zu einem höheren steuerbaren Einkommen führt. Da setzt der HEV an:

Er findet es ungerecht, dass diese Leute mit dem Eigenmietwert bestraft werden und fordert, dass in der Bundesverfassung im Artikel 108b eine Wahlmöglichkeit, und zwar nur für Frauen und Männer im AHV – Alter, offeriert wird. Sie sollen wählen können zwischen der jetzt geltenden Versteuerungsart und der Möglichkeit, auf den Eigenmietwert und auf das Verrechnen der Schuldzinsen zu verzichten. In diesem Fall soll es aber weiterhin möglich sein, Unterhaltsarbeiten bis 4000 Franken und zusätzliche Aufwendungen zugunsten des Energiesparens sowie für Umwelt- und Denkmalschutz abzuziehen.

Ablehnungsgründe

Für diese Initiative besteht kein Handlungsbedarf, denn wer davon profitieren würde, hat es, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nicht nötig. Wer nämlich während seiner Berufszeit über ein Einkommen verfügte,

welches ihm ermöglichte, Schulden für ein Eigenheim zum grossen Teil abzuzahlen, verfügt auch im Alter über ein gesichertes Einkommen und bedarf deshalb der angepeilten steuerlichen Entlastung nicht. Der Bund müsste bei einer Annahme auf rund 200 Millionen Franken an Steuereinnahmen verzichten, die Ausfälle für die Kantone lassen sich nicht genau beziffern. Störend wirkt zudem der Verstoss gegen das Gleichbehandlungsprinzip. Das Wahlrecht stünde ausschliesslich einer einzigen Bevölkerungsgruppe zu. Jüngere Besitzerinnen und Besitzer sowie natürlich die Mieter sind ausgeschlossen. Wenn schon Fördermassnahmen, dann dort, wo es wirklich nötig ist, für den sozialen Wohnungsbau nämlich zugunsten unterer und mittlerer Einkommen.

Martin Jäggi

Initiative «Jugend und Musik»

Mit musikalischer Bildung zu mehr Sozialkompetenz

Ende 2008 wurde die Initiative «Jugend und Musik» mit mehr als 154'000 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Hinter dem Volksbegehren stehen der Schweizerische Musikrat, der getragen wird von praktisch allen Profi- und Laienverbänden im Bereich der Musik in der Schweiz. In der parlamentarischen Debatte waren Bundesrat und Ständerat zuerst gegen die Initiative. Dank dem Nationalrat kam es zu einem Gegenvorschlag, dem Bundesrat und Ständerat schliesslich ebenfalls zustimmten. Zu Gunsten des neuen

Artikels 67a in der Verfassung («Musikalische Bildung») ist die Initiative im Frühjahr 2012 zurückgezogen worden. Dank dem neuen Verfassungsartikel wird die Musik nun gleich wie der Sport in der Verfassung verankert. Mit dem neuen Artikel wird unter anderem eine hohe Unterrichtsqualität im Fach Musik an den Schulen angestrebt, der bessere Zugang der Kinder und Jugendlichen auf freiwilliger Basis an den Musikschulen angestrebt und die Begabtenförderung verstärkt (gleiche Chancen wie im Sportbereich). Der Kanton

Bern hat mit seinem flächendeckenden Netz von Musikschulen in der Vergangenheit eine gute Basis gelegt. Diese gilt es weiterhin zu pflegen. Denn wie sagt das Initiativkomitee treffend: «Die Schweizer Jugend kann sich mit einer musikalischen Bildung Fähigkeiten erwerben, die über das Musizieren hinausgehen: Fleiss, Durchhaltewillen, Auftreten, Sozialkompetenz, Offenheit gegenüber Neuem...». Dies sind alles Kompetenzen, welche in unserer Gesellschaft und der heutigen Arbeitswelt gefragt sind. *Bernhard Antener*

GEMEINDERAT

Rochaden im Gemeinderat und im Grosse Gemeinderat

Nach 11 ½ Jahren Gemeinderatstätigkeit hat Verena Gertsch per Ende Juni 2012 demissioniert. 1998 war Verena Gertsch in den Grosse Gemeinderat gewählt worden. Nach



Verena Gertsch



Susanne Kölbl



Hanspeter Zaugg



Agathe Aschwanden



Kimet Rashiti

der Demission von Andreas Lüthi übernahm Verena Gertsch das Ressort öffentliche Sicherheit und Verkehr. In ihre Amtszeit fielen Grossanschaffungen bei der Feuerwehr (Autodrehleitern), der Kauf des neuen Feuerwehrmagazins oder die Regionalisierung des Zivilschutzes. Grosse Arbeit und viel Herzblut steckte Verena Gertsch mit ihrer Kommission ins Thema «Begegnungs- und Tempo-30-

Zonen». Leider waren die Bemühungen nicht vom Erfolg gekrönt und das Vorhaben erlitt im Grosse Gemeinderat endgültig Schiffbruch. Als Nachfolgerin von Verena Gertsch ist für die SP die parteilose Susanne Kölbl in den Gemeinde nachgerutscht. Sie hat am 1. Juli 2012 das Ressort Kultur und Jugend von Hans Peter Schenk übernommen, welcher sich nun um die öffentliche Sicherheit kümmert.

Für Susanne Kölbl kommt Hans Peter Zaugg zu einem Comeback im Grosse Gemeinderat. Neu Einsitz ins Parlament nimmt am 3. September Agathe Aschwanden, welche für Kimet Rashiti nachrückt. Kimet Rashiti bringt ihre auswärtige berufliche Tätigkeit schlecht mit dem GGR-Mandat unter einen Hut und hat deshalb ihren Rücktritt erklärt.

Noch einmal spanische Grippe

Grenzenloses Leid

Im September 1918 gingen die Zahlen an Erkrankten und an Todesfällen etwas zurück, was Gelegenheit verschaffte, Versäumtes nachzuholen. Das Versammlungsverbot wurde gelockert. Damit konnten sich die Parteien in gewohnter Art und Weise auf die bevorstehende Einwohnergemeindeversammlung und die eidgenössische Volksabstimmung, wo es um die Proporzinitiative ging, vorbereiten. Die Sozialdemokraten trafen sich am Mittwoch, den 25. September im Hotel Bahnhof und hörten sich einen Vortrag des Tagwacht Redaktors Meinen an zum Thema «Weg und Ziele», Dauer rund 90 Minuten. Die Landwirtschaft traf sich gleichentags zur Rindviehschau, wo für Kühe und Rinder 215 Prämien ausgesprochen wurden mit einer Prämiensumme von total 3815 Franken, was in diesen schweren Zeiten einem Vermögen entsprach.

Neuer Grippezug

Das war aber nur ein kurzes Innehalten. Anfangs Oktober erschien im Emmenthaler Blatt ein Artikel in dem einleitend auf die Hoffnung hingewiesen wurde, dass der neue Grippezug weniger Opfer fordern werde als

der im Sommer. »Aber man sieht sich in den Hoffnungen aufs schmerzlichste enttäuscht. Die beiden Teilhaber der Käsehandelsfirma Alfred Lehmann & Co wurden unbarmherzig hinweggerafft.« Gemeint waren Alfred Arthur Lehmann und sein Bruder Eugen. Nun rissen die Meldungen über Todesfälle mit der Grippe als Ursache nicht mehr ab. Es starben unter anderen der 30-jährige Kaufmann Gottfried Brand, der 33-jährige Melker Jakob Lehmann, Johann Lemann-Städli, Geschäftsleitungsmitglied der Käsefirma Lemann & Co und Schwester Lina Aebersold, 33 Jahre alt, Diakonissin. Bereits am 3. Oktober hatte der Gemeinderat das Versammlungsverbot wieder in Kraft gesetzt, und das hiess: Keine Gottesdienste, Konzerte und politische Veranstaltungen zur Behandlung der Proporzinitiative, Ausfall des Monatsmarktes vom 4. Oktober und der Einwohnergemeindeversammlung vom Sonntag, den 7. Oktober.

Dezember

Auch zu Beginn dieses Monats wütete die Epidemie noch immer heftig. So starben zwei Bewohner des Arbeiterheims, der Bahnarbeiter Tschanz und Johann Flückiger, Heizer

im Gaswerk, und auch Kinder, zum Beispiel «im zarten Alter von 1 Jahr und 10 Monaten Rosa Röthlisberger auf der Rafrüti». Doch nun besserte sich die Situation zusehends. Die Einwohnergemeindeversammlung vom 17. Dezember konnte durchgeführt werden und auch der Weihnachtsmarkt am Tag darauf. Dazu hiess es in einer Pressemitteilung des Gemeinderates, dass, wer zu Pferd komme, das Heu selber mitbringen müsse, denn die Gaststallbesitzer seien nicht in der Lage, solches abzuliefern.

Martin Jäggi

fuss und sein
christine schilt

DIE FUSSPFLEGE-PRAKXIS IM ZENTRUM VON LANGNAU

Nehmen Sie sich Zeit • Lassen Sie sich verwöhnen und pflegen • Sie fühlen sich erfrischt und gehen leichtfüssig • Vertrauen Sie mir Ihre Füsse an

Als dipl. Fusspflegerin biete ich Ihnen eine professionelle und wohlthuende Fusspflege an.

Ich freue mich auf Ihren Anruf und auf Ihren Besuch. Terminvereinbarung auch abends und samstags möglich

Dipl. Fusspflegerin, Dorfstrasse 25, 3550 Langnau i.E.
034 533 23 45, www.fussundsein.ch, info@fussundsein.ch

Am besten, man hat selber ein Kraftwerk.

elentec

Niederhauser und Thommen GmbH
Energietechnik • Photovoltaik
Dorfstr. 5 • 3550 Langnau
Tel. 034 408 10 00
www.elentec.ch

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN
BETTENHAUS
Lehmann
ALLESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN
BETTEN VORHÄNGE
SCHRÄNKE BODENBELÄGE

Selbst eine schwere Tür hat nur einen kleinen Schlüssel nötig.
(Charles Dickens)
Abrakadabra Treuhand
RENATO GIACOMETTI
Treuhand mit eidg. FA
Hühnerbach 221 • 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abrakadabra-treuhand.ch

Fennella
www.gp-solar.ch
Heizung • Sanitär • Energie
Steuer-, Leit- und Regeltechnik
G. Pennella
Thunstrasse 2, CH-3532 Zäziwil / Bowil
Tel. 031 711 28 02, Natel 079 444 73 17, info@gp-solar.ch
PAT.CH 690 308
GP-Solar

malerei
Hanspeter Haldemann
Obermatt 408 • 3550 Langnau
Tel. 034 402 51 23

Schürch Massivmöbel
3550 Langnau, Tel. 034 402 20 37, Fax 034 402 31 17
www.martin-schuerch.ch mail@martin-schuerch.ch
Massivmöbel aus eigener Werkstatt
AURO NATURFARBEN Regionallager

WALTER SCHMOCKER WEINE
VINOTHEK
KIRCHGASSE 9, 3550 LANGNAU IM EMMENTAL
TEL. 034 402 36 40 FAX 034 420 56 21
FREITAG 17-21 UHR, SAMSTAG 10-12/13.30-16 UHR

Gewerkschaft und Arbeitslosenkasse in deiner Nähe
UNIA
Unia Region Oberaargau-Emmental:
Mühleggässli 1, 3550 Langnau i.E.
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch
Gemeinsam erreichen wir mehr.
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

www.neuesicht.ch
Coaching, Supervision, Teamentwicklung, Organisationsberatung
Die gezielte Beratung im beruflichen oder persönlichen Umfeld für Einzelpersonen, Gruppen, Institutionen.
Mediation
die professionelle Vermittlung in Konfliktsituationen
Ich freue mich auf Ihre Anfrage
Christina Schilt-Rutishauser
Lenggenweg 40, CH-3550 Langnau +41 79 796 66 70
c.schilt@gmx.ch

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener
Fansrütistrasse 19
3550 Langnau
Tel. 034 402 22 68
bernhard@anteners.ch
Gemeindepräsident/Grossrat

Susanne Kölbl (parteilos)
Dorfberg 554
3550 Langnau
Tel. 034 402 73 00
susanne.koelbli@dorfberg.ch
Kultur, Jugend

Renate Strahm
Mooseggstrasse 8
3550 Langnau
034 402 52 91
renate.strahm@gmx.ch
Bildung

Grosser GemeinderatKommission/GremiumTelefon Mail

Agathe Aschwanden	Kommission Sozial Dienste	034 402 74 02	
Renato Giacometti	Schulkommission	034 402 32 61	mail@abrakadabra-treuhand.ch
Hannes Kobel	Fraktionsleit., Planungskomm.	034 402 75 87	quattroko@vtxmail.ch
Janosch Lehmann			
Daniel Liniger	GPK, Planung-, Finanzkomm.	034 402 52 17	daniel.liniger@bkw-fmb.ch
Nazim Rexhepi		034 402 62 13	info@rashiti.ch
Silvia Röthlisberger	GPK, Vorstand	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	adrian.schranz@gmx.ch
Hanspeter Zaugg	Kommission Sozial Dienste		zoggolino@sunrise.ch

Partei Vorstand

Ruth Antener	Kassierin	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Martin Jäggi	PR/Kommunikation	034 402 62 16	jaeggi.martin@gmx.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	Verbindung GGR	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Finanzk., Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch www.bern.unia.ch
------------------------------	---------------	---------------	-------------------------------------

Impressum

links i.E.

Postfach 569, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und
der Gewerkschaften ertönt
vierteljährlich.

Auflage: 1150 Ex.

Redaktion: Bernhard Antener,
Martin Jäggi, Marcel Schneider,
Stefan Wüthrich

Fotos: zvg

Layout/Gestaltung: PUBLIFORM

Hanspeter Buholzer

Druck: Tanner Druck AG, Langnau

ANLÄSSE

Mo	3. Sept	GGR
Sa	8. Sept	SPS-Parteitag
So	9. Sept	in Lugano
So	23. Sept	Abstimmungen (Bund + Kanton)
Do	11. Okt	Vorstandssitzung
Mo	22. Okt	Fraktionssitzung
Mo	29. Okt	GGR
Do	1. Nov	Sektionsversammlung
So	25. Nov	Abstimmungen (Bund)

WIR GRATULIEREN

13. Oktober *Burkhalter Hansulrich (83)*
22. Oktober *Rindlisbacher Walter (84)*
07. November *Riem Käthi (87)*

Allen Jubilarinnen und Jubilaren gratulieren wir herzlich zum Geburtstag und wünschen ihnen fürs neue Lebensjahr beste Gesundheit und viele schöne Erlebnisse.

Vorstand SP Langnau

